Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(61. - öffentliche - Sitzung am 20. August 2025)

Tagesordnung:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Niedersächsische Landesbeauftragte oder den Niedersächsischen Landesbeauftragten für Opferschutz**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5318](#)

- b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Niedersächsische Landesbeauftragte oder den Niedersächsischen Landesbeauftragten für Opferschutz**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 19/2451](#)

Der - federführende - Ausschuss schließt die Beratung beider Gesetzentwürfe ab.

Vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und der Grünen in der Fassung der Vorlage 1 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: -

Enthaltung: AfD

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf der AfD-Fraktion abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Bajus.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 19/7482](#)

Der Ausschuss lehnt den Antrag des Ausschussmitgliedes der AfD-Fraktion, die Landesregierung um Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf zu bitten, mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen ab.

Der Ausschuss stellt die Gesetzesberatung zurück, um den Fraktionen Gelegenheit zu internen Beratungen über den Gesetzentwurf zu geben.

3. **Qualität und Attraktivität der Rechtspfleger-Ausbildung in Niedersachsen, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein erhalten - Umstrukturierungspläne zur Umwandlung der Norddeutschen Hochschule für Rechtspflege (HR Nord Hildesheim) in eine Justizakademie sofort beenden!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/7194](#)

Ein Mitglied der CDU-Fraktion erinnert an die Unterrichtung durch die Landesregierung in der 51. Sitzung am 19. März 2025. Auf seinen Antrag bittet der Ausschuss die Landesregierung, ihn über die neuesten Entwicklungen in Bezug auf eine Reform der Hochschule zu unterrichten.

4. **Information der Landesparlamente nach § 5 a Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag hier: Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage von Deutschlandradio**

Unterrichtung durch die Landtagspräsidentin - [Drs. 19/4805](#)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

5. **Vertrauen in den Rechtsstaat stärken - Strafjustiz entlasten! Möglichkeiten des beschleunigten Verfahrens nach §§ 417 ff. StPO besser nutzen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5311](#)

Den Antrag eines Mitgliedes der CDU-Fraktion, die Landesregierung um Unterrichtung darüber zu bitten, was in anderen Bundesländern getan werde, um die Möglichkeiten des beschleunigten Verfahrens besser zu nutzen, lehnt der - federführende - Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU und der AfD ab.

Der Ausschuss schließt die Antragsberatung ab. Vorbehaltlich der Zustimmung der - mitberatenden - Ausschüsse für Inneres und Sport sowie für Haushalt und Finanzen empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

6. **Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung über das Ergebnis der Prüfung eines Wiederaufnahmeverfahrens sowie strafrechtliche Vorwürfe gegen eine Staatsanwältin und einen Richter in Zusammenhang mit einem in Braunschweig geführten Strafverfahren**

Ein Vertreter des Justizministeriums teilt mit, man wolle heute an die Unterrichtung über den Fall Josephine R. im vertraulichen Teil der 58. Sitzung am 14. Mai 2025 anknüpfen. Die heutige Unterrichtung könne teils in öffentlicher, teils nur in vertraulicher Sitzung stattfinden.

Der Ausschuss setzt daraufhin die Unterrichtung von der Tagesordnung ab. Sowohl der öffentliche als auch der vertrauliche Teil der Unterrichtung sollen in einer der nächsten Sitzungen erfolgen. Im Unterschied zur heutigen Sitzung soll eine Teilnahme per Videokonferenztechnik dann nicht zugelassen werden.

7. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss kommt überein, die Sitzung am 27. August 2025 vom Terminplan zu streichen. Ferner nimmt er für das erste Halbjahr 2026 eine Informationsreise nach Den Haag in Aussicht.